

**Antrag 45/I/2024****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Mietenwucher stoppen - Für eine Mietpreisbremse ohne Ausnahmen!**

1 Die Mieten in deutschen Großstädten sind in den letzten  
2 Jahren dramatisch angestiegen, was zu einer erheblichen  
3 Belastung für die Bewohner\*innen der Städte führt. Die  
4 Mietpreisbremse wurde eingeführt, um dieser Entwick-  
5 lung entgegenzuwirken, jedoch gibt es eklatante Lücken  
6 in den Regelungen, die von Vermieter\*innen skrupellos  
7 ausgenutzt werden.

8  
9 Obwohl die Mietpreisbremse grundsätzlich auch für mö-  
10 blierte Wohnungen gilt, ermöglicht die derzeitige Geset-  
11 zeslage Vermieter\*innen, durch überhöhte Möblierungs-  
12 zuschläge die Preisregulierung zu umgehen. Diese Praxis  
13 führt dazu, dass Mieter\*innen überhöhte Mieten zahlen  
14 müssen, ohne dass dies gerechtfertigt wäre.

15  
16 Die Nichtberücksichtigung von "Wohnen auf Zeit" ist ein  
17 weiterer wichtiger Aspekt, der im Zuge der Mietpreisre-  
18 gulierung beachtet werden sollte. Häufig wird möbliert-  
19 er Wohnraum unter dem Vorwand des "Wohnens auf  
20 Zeit" vermietet, um die Mietpreisbremse zu umgehen.  
21 Dies führt dazu, dass Mieter\*innen überhöhte Preise zah-  
22 len, ohne langfristige Sicherheit zu erhalten. Eine klare De-  
23 finition und Regulierung von "Wohnen auf Zeit" ist daher  
24 erforderlich, um Missbrauch zu verhindern und faire Be-  
25 dingungen für alle Bürger\*innen sicherzustellen.

26  
27 Es ist höchste Zeit, dieser ungerechten Praxis ein Ende zu  
28 setzen und eine faire Mietpreisregulierung für alle Woh-  
29 nungen in Berlin durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen,  
30 dass Vermieter\*innen weiterhin von einer Gesetzes-  
31 lücke profitieren, während die Mieter\*innen unter unbe-  
32 zahlbaren Mieten leiden.

33  
34 Wir müssen uns als Partei für bezahlbaren Wohnraum  
35 für alle einsetzen und gegen Ausbeutung und Ungerech-  
36 tigkeit auf dem Wohnungsmarkt vorgehen. Wir fordern  
37 diesen dringenden Handlungsbedarf anzuerkennen und  
38 konkrete, bindende Maßnahmen zur Beendigung dieser  
39 ungerechten Praxis zu ergreifen.

40  
41 Daher fordern wir:  
42 **Eine effektive Deckelung der Mieten für möblierte Woh-**  
43 **nungen:** Überhöhte Möblierungszuschläge dürfen nicht  
44 länger toleriert werden. Wir fordern klare und faire Richt-  
45 linien für die Berechnung dieser Zuschläge, um Mieter\*in-  
46 nen vor überhöhten Mietpreisen zu schützen.

47

**Empfehlung der Antragskommission****vertagt auf LPT I/2025 + Überweisung FA VIII (Konsens)**

48 **Transparenz und Offenlegung der Möblierungszuschläge:**  
49 Vermieter\*innen sollen verpflichtet werden, die Kosten  
50 und den Zeitwert der Möblierung transparent im Miet-  
51 vertrag offenzulegen, um Missbrauch zu verhindern und  
52 die Mieter\*innen über ihre Rechte zu informieren. Ausge-  
53 nommen sind kurzzeitige Untervermietungen, die nicht  
54 gewerbsmäßig stattfinden – bspw. ein WG-Zimmer wäh-  
55 rend eines Auslandssemesters. Zudem soll aufgrund der  
56 Abnutzung von Möbeln eine jährliche Reduzierung des  
57 Möblierungszuschlags erfolgen.

58

59 **Keine Ausnahme der Mietpreisbremse für "Wohnen auf  
60 Zeit":** Es sollte eine umfassende Gesetzesänderung ge-  
61 ben, die sicherstellt, dass Wohnungen auf Zeit nicht von  
62 der Mietpreisbremse ausgenommen sind. Dies würde ei-  
63 ne gerechte Mietpreisregulierung gewährleisten und ver-  
64 hindern, dass Vermieter\*innen von möblierten Wohnun-  
65 gen oder Wohnungen auf Zeit unangemessen hohe Mie-  
66 ten verlangen können.